

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/121
28. Juni 1973

Im Getto oder auf dem Weg dorthin

Wir brauchen einen Bundesplan für Ältere Menschen

Von Elfriede Eilers MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Jugend/Familie/Gesundheit und Mitglied des
SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Zähmung überschäumender Machtgelüste

Zum Volksentscheid in Bayern - Schlußstrich
unter eine der härtesten politischen Ausein-
anderetzungen

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Opposition hat kein Forschungskonzept

Mitarbeit wäre besser als stereotype Polemik

Seite 5 / 30 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 3-19
Postfach: 129 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 97 - 98
Telex: 895 846 / 898 847
I 1191 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Im Getto oder auf dem Weg dorthin

Wir brauchen einen Bundesplan für ältere Menschen

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/
Familie/Gesundheit und Mitglied des SPD-Präsidiums

Fast acht Millionen Bundesbürger, 13 vH. der Gesamtbevölkerung, leben in einem Getto oder sind auf dem Wege dorthin. Ich meine die alten Menschen. Für viele heißt das Getto Altersheim. Für andere heißt es geistige und körperliche Isolierung.

Gewiß kümmern sich der Staat und viele private Organisationen um die Alten. Ihre materielle Versorgung ist in der Regel gewährleistet. Auch die sozialen, physischen und psychischen Aspekte des Alters finden immer stärker Beachtung. Dennoch muß gerade in diesem Bereich noch eine Menge geleistet werden.

Ein modernes Altenheim ist ein großer Fortschritt gegenüber den licht- und freudlosen Alterskasernen der - noch nicht überall überwundenen - Vergangenheit. Doch das eigentliche Problem wird mit materieller Fürsorge allein nicht bewältigt. Die Desintegration des älter werdenden Menschen aus der Gesellschaft muß verhindert werden. Dazu ist der Kontakt zur jüngeren Generation unerlässlich. Der ältere Mensch möchte am Leben teilhaben. Er möchte mitdenken, mitreden, mitmachen. Er will über seine eigenen Probleme sprechen, aber auch seine Lebenserfahrung weitergeben. Oft empfinden wir Verhalten und Ratschläge der Alten nicht als zeitgemäß. Doch die Kluft zwischen Alt und Jung wird immer größer, wenn wir keine Verständigung suchen. Die größere Verantwortung liegt bei der Jugend, denn sie ist anpassungsfähiger. Das soll nicht heißen, daß nicht auch der ältere Mitbürger versuchen muß, neuen Entwicklungen gegenüber offen zu sein.

Jüngere Menschen helfen heute der älteren Generation, wenn sie die älteren Mitbürger nicht als Ausgestoßene behandeln. Sie helfen aber auch sich selbst. Der Kontakt mit Älteren; Kenntnisse und Erfahrungen in jungen Jahren können dazu beitragen, diesen

Lebensabschnitt dann selbst positiv zu erfahren. Die richtige Einstellung zum Alter ermöglicht die rechtzeitige Vorsorge für das Alter.

Der Staat muß helfen, diese Erkenntnisse zum Allgemeingut werden zu lassen. Mit seinen Publikationen wie "Sonniger Herbst" und "Der rote Faden" hat das Bundesministerium für Jugend/Familie/Gesundheit schon einen entsprechenden Beitrag geleistet. Dazu gehören aber auch materielle Hilfen für die Bürger, die ihre Eltern nicht in ein Altenheim "abschieben", sondern bei sich aufnehmen. Entsprechend geräumige Wohnungen müssen gefördert werden.

Bereits seit 1968 finanziert der Bund gesellschaftspolitische Maßnahmen für die ältere Generation mit Modellcharakter. Doch diese Maßnahmen müssen Eingang in ein Gesamtkonzept finden. Warum steht nicht gleichberechtigt neben dem Bundesjugendplan ein Bundesplan für die ältere Generation? Mit ihm könnte eingeleitet und weitergeführt werden, was Willy Brandt in seiner Regierungserklärung als Aufgabe für die Gesamtgesellschaft formuliert hat: "Auch bei den älteren Mitbürgern geht es nicht allein um die Sicherung der materiellen Existenz, sondern gleichzeitig um die Hilfe zur menschlichen Selbstbehauptung. Gelingen kann sie nur, wenn staatliche und private Kräfte über ihre Pflicht hinaus für die ältere Generation zusammenarbeiten. Ich zögere nicht, hier unmittelbar an den Familiensinn zu appellieren, der hier und dort zu verkümmern droht. Man muß es wieder lernen, Solidarität gegenüber den Nächsten zu üben - es sind oft die Eltern, die Großeltern."

(-/28.6.1973/hgy/ex)

+ + +

Zähmung überschäumender Machtgelüste

Zum Volksentscheid in Bayern - Schlußstrich
unter eine der härtesten politischen Auseinandersetzungen

Bayerns Wähler sollen am kommenden Sonntag ein für alle Bundesländer vorbildliches "Haltesignal" setzen, wie das bayerische SPD-Präsidium meint, nämlich mit ihrem Votum beim Volksentscheid beispielhaft allen Bestrebungen nach Entlassung von Rundfunk und Fernsehen aus öffentlich rechtlicher Verantwortung eine klare Absage erteilen.

Der Anlaß für diesen bayerischen Extra-Wahlsonntag war jene historische "Rundfunknacht", in der es der mehrheitlich regierenden CSU gelang, die Rechtsverhältnisse des Rundfunks so zu ändern, daß Bild und Ton in Bayern künftig eindeutig von der jeweiligen Regierungsmehrheit abhängig gewesen wären. Darüber hinaus plante die CSU, private Anstalten im Medienkonzert mitspielen zu lassen, um völlig unkontrollierte Informationen und damit Meinungsmanipulationen an den Bürger bringen zu können.

Doch hier erweist sich, daß die Besonderheiten in der Verfassung des weiß-blauen Freistaates keineswegs, wie ihre Kritiker oft meinen, nur belächelnswert sind. Denn sie schützen den Bürger auch davor, daß eine Mehrheit, die er ins Parlament geschickt hat, etwas tut, was keineswegs sein Wille ist: Es gibt die Möglichkeit, per Volksbegehren und Volksentscheid überschäumende Machtgelüste zu zügeln, wie die Geschichte des bayerischen Rundfunkkrieges lehrt.

Als das Landesbürgerkomitee Rundfunkfreiheit vor einem Jahr mit dem überaus erfolgreichen Volksbegehren den Mannen des Franz Josef Strauß einen deutlichen Dämpfer verpaßte, erkannte der Parteiboss, der noch kurz vorher über die "Reichsrundfunkkammer mit Linksdrall" gewettert hatte, daß der Wähler keinerlei Verständnis dafür zeigen würde, wenn der Rundfunk zu einem "Schwarzfunk" umfunktioniert würde. Strauß ließ die weiße Fahne zunächst ein bisschen, dann aber in voller Größe aufsteigen und setzte sich mit

den Landesbürgerkomitee, das vornehmlich von SPD, FDP und Gewerkschaften getragen wird, an einen Tisch.

In "weiser Vorausschau" erkannte Franz Josef Strauß sehr richtig, daß die mit Sicherheit zu erwartende Niederlage bei einem weiteren Sturm auf die Funkhäuser ein böses Fatale für die Landtagswahlen 1974 sein würde. So unterwarf er sich gegen den Rat einflußreicher Parteifreunde und eines Teils der CSU-Landtagsfraktion voll den Friedensbedingungen des Landesbürgerkomitees. Daraufhin konnte der Landtag, wie es die Verfassung vorschreibt, mit Zweidrittel-Mehrheit einen Verfassungsänderungsvorschlag formulieren, den nun der Wähler billigen muß.

So sehen sich Bayerns Bürger der grotesken Situation konfrontiert, daß sie - soweit sie bisher der Stimme des Mannes aus Rott am Inn gehorchten - nunmehr der Aufforderung von Hans-Jochen Vogel nachkommen sollen, nämlich mit Ja zu stimmen. Umgekehrt haben so manche SPD-Wähler Skrupel, ihr Ja unter ein Gesetz zu setzen, für das die CSU ebenfalls aufgerufen hat. Diesen scheinbaren Widerspruch bei denjenigen Wählern auszuräumen, die sich während der letzten Monate nur oberflächlich informiert, bemüht sich das Landesbürgerkomitee zurzeit noch intensiv.

Stimmen die Bayern, wie man allgemein erwartet, überwiegend mit Ja, so ziehen sie nicht nur einen Schlußstrich unter eine der härtesten politischen Auseinandersetzungen, die der Freistaat seit Kriegsende erlebte, sondern sie retten damit tatsächlich die Mitarbeiter des Rundfunks vor politischer Bevormundung. Darüber hinaus fügen sie der Partei des als Ministerpräsidenten im eigenen Lande nicht erwünschten Franz Josef Strauß eine erhebliche Niederlage zu. Denn wenn auch die CSU im Bemühen, dem Volk Sand in die Augen zu streuen, behaupten kann, auch sie sei ja für dieses Ja eingetreten, so darf man doch nicht vergessen, daß es die konservative Landtagsmehrheit war, die den Aufstand der Bürger überhaupt erst notwendig machte und die nur aus wahltaktischen Überlegungen nach harten Auseinandersetzungen eine Verbeugung vor dem Volkssouverän machte, zumal sie ohnehin erkannte, daß auch in Bayern ein so auf die Spitze getriebener Machtanspruch niemals die Billigung der Wähler finden würde.

Vielleicht aber haben sich die Getreuen des Franz Josef Strauß in ihrer Taktik noch einmal verkalkuliert. Denn mancher Wähler wird sich dennoch daran erinnern, wer es war, der die Bevölkerung zuerst und mit allem Nachdruck auf die Gefahren, die der Freiheit der Nachrichtübermittlung drohten, aufmerksam gemacht hat: die sozialdemokratische Partei.

Ingrid Burkert
(-/28.6.1973/bgy/ex)

Opposition hat kein Forschungskonzept

Mitarbeit wäre besser als stereotype Polemik

Die Öffentlichkeit wird sich nicht täuschen lassen: Die Polemik des CDU-Abg. Christian Lenzer gegen die Forschungspolitik der Bundesregierung wird auch dadurch nicht inhaltsreicher, daß er sie ständig wiederholt. Er ist verständlicherweise darüber verärgert, daß die Koalitionsfraktionen mit der Großen Anfrage zur Forschungs- und Technologiepolitik eine Initiative ergriffen haben, zu der die Opposition wegen ihres desolaten Zustandes offensichtlich nicht in der Lage gewesen war. Selbst unter Berücksichtigung der "Saure Gurkenzeit" bleibt seine Polemik unter jenem Niveau, das eine Erwiderung in der Sache voraussetzt.

Wer heute behauptet, das Bundesforschungsministerium lasse es an der Kosten- und Erfolgskontrolle seiner Förderungsmaßnahmen fehlen; kann dies nur in Unkenntnis der Sachlage oder wider besseres Wissen tun. Der Vorwurf disqualifiziert sich selbst. Die ständige Verbesserung und der laufende Ausbau der Kosten- und Erfolgskontrolle unter Einsatz moderner Computermethoden wird von allen, die sich in unserem Lande mit Forschungspolitik sachlich beschäftigen, mit Anerkennung verfolgt. Von völliger Unkenntnis der wahren Verhältnisse zeugt auch der Vorwurf, daß über 50 vM des Personals mit der Verwaltung des Forschungsministeriums beschäftigt seien. Tatsächlich ist nur eine Minderheit der Mitarbeiter des Hauses in der Zentralen Verwaltung beschäftigt, die natürlich nicht nur mit der Verwaltung des Ministeriums zu tun haben, sondern alle Grundsatz-, Planungs- und Projektaufgaben betreuen müssen, einschließlich der Forschungszentren.

Die forschungspolitische Konzeptlosigkeit der Unions-Parteien wird sich auf die Dauer durch solche inhaltslosen Polemiken nicht verdecken lassen. Der Forschungs- und Technologiepolitik in diesem Lande wäre besser gedient, wenn sich die CDU/CSU statt stereotyper Polemik zu einer konstruktiven Mitarbeit entschließen könnte.

(he/28.6.1973/ck/ex)